

**Von:** [Schulz Swen - swen.schulz@bundestag.de](mailto:swen.schulz@bundestag.de)  
**An:** [antwort@rentenpolitikwatch.de](mailto:antwort@rentenpolitikwatch.de)  
**Thema:** Rentenpolitische Ziele  
**Datum:** Dienstag, 3. Mai 2016 12:21:49

---

Sehr geehrte Frau Harms, sehr geehrter Herr Teufel, sehr geehrter Herr Triebe,

Vielen Dank für Ihr Schreiben, in dem Sie um Auskunft zu meiner Einstellung bezüglich der rentenpolitischen Ziele bitten. Gerne nehme ich im Folgenden zu Ihren fünf aufgeführten Punkten Stellung.

1. Teilweise. Der demografische Wandel stellt für die Alterssicherung eine große Herausforderung dar. Diese kann nur bewältigt werden, wenn wir die Lasten zur Finanzierung der Alterssicherung gerecht zwischen den Generationen verteilen. Dafür bedarf es zum einen der Stärkung der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente, in die auch zusätzliche Steuermittel fließen. Zum anderen wird dafür eine möglichst umfassende kapitalgedeckte betriebliche Altersvorsorge notwendig, die ebenfalls stärker von den Sozialpartnern organisiert und mit einer stärkeren Einbeziehung von Geringverdienern verbunden werden.

2. Ja. Das sinkende Rentenniveau ist nur eine von vielen Ursachen für bereits vorhandene und drohende Altersarmut. Oft gehen unterbrochene Erwerbsbiografien, nicht abgesicherte Selbstständige Tätigkeiten oder Niedriglohn einer Altersarmut voraus. An diesen Stellen setzen wir an. Nicht nur über den gesetzlichen Mindestlohn, sondern ebenfalls über eine Stärkung der Tarifbindung, Bedingungen für die gleiche Teilhabe von Frauen am Arbeitsleben sowie der Stärkung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Flankiert wird dies durch die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, die Stärkung von Prävention und Rehabilitation und für die im Koalitionsvertrag verabredete Einführung einer solidarischen Lebensleistungsrente. Damit werden kleine Rentenanwartschaften durch Steuermittel aufgewertet.

3. Ja. Gemäß dem Konzept einer Erwerbstätigenversicherung setzen wir uns für eine möglichst umfassende Einbeziehung aller Beschäftigten in die sozialen Sicherungssysteme ein. Dazu zählt auch, dass neue Beamtenverhältnisse nur in solchen Bereichen entstehen, in denen das unbedingt notwendig ist.

4. Teilweise. Versicherungsfremde Leistungen und gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind konsequent und vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren. Hierbei sind wir in Regierungsverantwortung der SPD bereits große Schritte vorangekommen. Zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen, die im Rahmen der deutschen Einheit entstanden sind, hat Rot-Grün Steuermittel aus der Ökosteuer bereitgestellt. Dennoch gibt es hier weiterhin eine Finanzierungslücke, die geschlossen werden muss. Damit kann auch das Rentenversicherungssystem insgesamt stabilisiert werden. Eine zweite kapitalgedeckte Säule der Alterssicherung wird aber dennoch erforderlich bleiben.

5. Teilweise. Rentenpolitische Entscheidungen aus der Vergangenheit müssen immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden. So soll das Problem der Zwangsverrentung von Hartz-IV-Bezieher\*innen noch in dieser Legislaturperiode entschärft werden. Auch die Angleichung von Ost- und Westrenten hat die SPD in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt. Dies muss nun auch umgesetzt werden. Da sich die Riester-Rente in ihrer jetzigen Form nicht bewährt hat, brauchen wir neben der Stärkung der gesetzlichen Rente eine grundsätzliche Reform der kapitalgedeckten Alterssicherung. Hier zielen wir auf eine stärkere Verbreitung der arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersvorsorge ab, welche insbesondere die Geringverdiener besser fördert.

Mit den besten Grüßen

Swen Schulz, MdB

Swen Schulz  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: (030) 227 - 70185  
Fax: (030) 227 - 76143  
eMail: [swen.schulz@bundestag.de](mailto:swen.schulz@bundestag.de)  
Internet: [www.swen-schulz.de](http://www.swen-schulz.de)  
[www.facebook.com/swenschulz](http://www.facebook.com/swenschulz)  
[www.twitter.com/swenschulz](http://www.twitter.com/swenschulz)